

*Arbeitsgemeinschaft*

# LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN

März 2018

Informationsbrief

2018/1

Seite

|  |    |
|--|----|
| <b>Editorial</b> Pfarrer Dieter Kuller .....                               | 2  |
| <b>War Martin Luther ein Biblizist?</b> Pfarrer Dieter Kuller .....        | 2  |
| <b>Christenverfolgung</b> Bolko v. Bonin.....                              | 4  |
| <b>Nachrichten zu den Themen</b>   |    |
| Bibel und Bekenntnis .....   | 8  |
| Ehe und Familie u.a. „ <b>Lieben statt absegnen!</b> “ Confessio e.V. .... | 9  |
| Kampf für ungeborene Kinder .....  | 15 |
| Gender-Ideologie.....  | 16 |
| Kirche .....   | 19 |
| Oekumene.....  | 20 |
| Integration von Muslimen .....   | 22 |
| Aufgelesen.....  | 23 |
| <b>Literaturhinweis</b> .....  | 23 |
| <b>In eigener Sache</b> .....  | 24 |
| <b>Impressum</b> .....   | 24 |

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

das Luthergedenkjahr liegt hinter uns. Es ist sicher unterschiedlich, wie jeder Einzelne das Jubiläum erlebt und empfunden hat. Der Reiseführer für Bayern vom ‚Reformati-  
onssommer 2017‘ hatte 266 Seiten mit hunderten von Festen und Begegnungen, Vor-  
trägen, Tagungen und Gottesdiensten. Eines kann man sagen: Martin Luther ist nach  
500 Jahren wieder populär geworden, auch bei Katholiken. Man kennt seinen Namen  
und weiß zumindest von ihm, dass er die Bibel in die deutsche Sprache übersetzt hat.  
Was er über das Lesen in der Bibel sagt, ist weniger bekannt. Es passt auch nicht recht  
zur gegenwärtigen Theologie. Davon handelt der erste Artikel dieses InfoBriefes.

Wie üblich finden Sie wieder Meldungen über Christenverfolgung, Genderideologie,  
Ehe und Familie und vieles andere. Nach dem Kirchenjahr gehen wir auf Karfreitag  
und Ostern zu. Manche moderne Theologen halten das erste für unnötig und das zwei-  
te für unglaublich. Für uns bleibt die Kreuzigung Jesu und seine Auferstehung die  
Grundlage unseres Glaubens: „Er war begraben drei Tage lang. Ihm sei auf ewig Lob,  
Preis und Dank; denn die Gewalt des Tods ist zerstört; selig ist, wer zu Jesus gehört“  
(EG 116, 2).

Ihr Pfarrer Dieter Kuller

### War Martin Luther ein Bibliozist?

#### 1.) Die Bibel – Luthers Übersetzung für das Volk

In seinem „Sendbrief vom Dolmetschen“ (1530) schreibt Martin Luther über seine Bi-  
belübersetzung: „*Man muss die Mutter im Hause, die Kinder auf der Gasse, den ge-  
meinen Mann auf dem Markt fragen, und denselbigen auf das Maul sehen, wie sie re-  
den, und darnach verdolmetschen; so verstehen sie dann und merken, dass man  
deutsch mit ihnen redet.*“ Warum musste Martin Luther beim Übersetzen der Heiligen  
Schrift der Mutter im Hause und dem gemeinen Mann auf dem Markt „auf das Maul  
sehen“, wie sie reden und darnach verdolmetschen? Weil er für eben diese Leute die  
Bibel übersetzt hat. Sie waren seine Zielgruppe, nicht die Gelehrten, die Priester und  
Bischöfe, die das damals in der Kirche übliche Latein verstehen konnten. Das gemeine  
Volk sollte die Möglichkeit bekommen selbst herauszufinden, was in der Bibel steht  
und was nicht. Es blieb nicht nur ein frommer Wunsch Martin Luthers, dass die Men-  
schen seine Bibelübersetzung kaufen und lesen sollten, sie wurde zum Kassenschlager.  
Das Neue Testament, das Luther 1522 auf der Wartburg übersetzt hat, erlebte inner-  
halb eines Jahres ein rundes Dutzend Nachdrucke. Bis zu Luthers Tod folgten nicht  
weniger als 20 Neuauflagen. Für die Verleger war das ein gutes Geschäft, Martin Lu-  
ther wurde dadurch jedoch nicht reich. In seinem ‚Sendbrief vom Dolmetschen‘  
schreibt er wörtlich: „*Ich habe keinen Heller dafür genommen noch gesucht noch da-  
mit gewonnen, sondern hab’s zu Dienst getan den lieben Christen und zu Ehren einem,  
der droben sitzt, der mir alle Stunde so viel Gutes tut.*“ „Durch Luthers Bibelüberset-  
zung konnten die Menschen in Deutschland die Bibel als Kraftquelle für ihren Glau-  
ben entdecken“ schreibt Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Vorsitzender  
des Rates der EKD, im Vorwort der revidierten Lutherbibel von 2017. Sie konnten  
es tun und haben es getan, nachdem der Reformator mit seiner Schrift ‚An die Rats-  
herren aller Städte deutschen Landes, dass sie christliche Schulen aufrichten und hal-  
ten sollen‘ (1524) auch dafür sorgte, dass die Deutschen lesen lernten.

Mit Luthers Bibelübersetzung wurde die Kirche aus einer Institution, die herrscherlich die Heilsgüter verwaltet, zur Herde die auf ihres Hirten Stimme hört. Der Unterschied zwischen Klerus und Laien, die ganze hierarchische Stufenordnung fällt dahin. Unmittelbar spricht das Wort zu jedem und macht ihn frei zu eigenem Hören (Helmut Gollwitzer). In seinem Sendbrief vom Dolmetschen schreibt Luther von der Schwierigkeit der Bibelübersetzung: *„Es ist uns oft begegnet, dass wir drei, vier Wochen ein einziges Wort gesucht haben ... nun es verdeutscht und fertig ist, kann's ein jeder lesen und meistern. Läuft einer jetzt mit den Augen durch drei vier Blätter und stößt nicht einmal an, wird aber nicht gewahr, welche Feldsteine und Klötze da gelegen sind.“* So wurde „die Bibel ein Buch für alle Menschen. Sie bringt ihnen die Botschaft von Gottes Liebe und Barmherzigkeit“ (LB Bedford-Strohm i. gen. Vorwort).

## **2.) Die Bibel – ein Buch für Spezialisten?**

Inzwischen hat sich etwas sehr Merkwürdiges ereignet: Der historische Jesus wurde in der modernen Jesusforschung zum theologischen Problem (Wolfgang Stegemann, ‚Jesus und seine Zeit‘, S. 392). Um zu gesicherten und glaubwürdigen Aussagen über Jesus zu kommen genügt es angeblich nicht mehr, einfach die biblischen Texte zu lesen. Die sogen. historisch-kritische Arbeitsweise sucht mittels Text- und Literarkritik, durch sozialgeschichtliche und kulturanthropologische Analysen herauszufinden, ob in der Heiligen Schrift historische Aussagen, Personen und Ereignisse korrekt wiedergegeben werden. „So verlässt sich die neu entstehende historische Jesusforschung nicht mehr auf die biblischen Erzählungen über Jesus, sondern überprüft sie an einer (vor allem auch durch die Naturwissenschaften erworbenen) empirischen Auffassung von der Welt“ (W. Stegemann, S. 76).

Was passiert, wenn jemand einfach das liest und reflektiert, was in den Evangelien und Briefen des Neuen Testaments steht, habe ich selbst erlebt. Im Herbst 2016 habe ich im Auftrag der ‚Lebendigen Gemeinde München e. V. eine Eingabe an die Synode zum Thema ‚Judenmission‘ erstellt. Aus den Evangelien und den Paulusbriefen habe ich damals die Stellen ausgewertet, in denen sich Jesus und die Apostel Paulus und Petrus für die Predigt des Evangeliums unter den Juden einsetzen (z. B. Mt 10, 6 u. Mt 15, 24 der Auftrag Jesu: *„Geht hin zu den verlorenen Schafen aus dem Hause Israel!“*). Der Antrag wurde vom Landeskirchenrat mit Schreiben vom 1. 11. 2016 abgelehnt, mit der Begründung: „Die von den Antragstellern angewandte Bibelhermeneutik lässt jedes historische und kontextuelle Bewusstsein vermissen und kann am ehesten als biblizistisch bezeichnet werden.“ Weder in meiner Zeit als Gemeindepfarrer noch während meiner 13-jährigen Tätigkeit als theologischer Referent des Landesbischofs D. Dr. Joh. Hanselmann wurde mir jemals unterstellt, dass meiner Bibelhermeneutik (=Lehre von der Methode der rechten Schriftauslegung) „jedes historische und kontextuelle Bewusstsein fehlt“. Davon abgesehen weist die Antwort des Landeskirchenrates aber auf ein größeres Problem hin:

## **3.) Die Bibel – Gottes Wort an uns**

Was ist mit den vielen ‚normalen‘ Bibellesern, für die ‚Kontextualisierung‘ ein Fremdwort ist, die nie etwas von sozialgeschichtlicher und kulturanthropologischer Analyse der antiken mediterranen Umwelt Jesu gehört haben und trotzdem die biblischen Geschichten lesen, weil sie „die Bibel als Kraftquelle für ihren Glauben entdecken“? (LB Bedford-Strohm i. gen. Vorwort).

Es geht um die Leserinnen und Leser, für die Martin Luther die „Feldsteine und Klötze“ ausgeräumt hat, um ein flüssiges Lesen in der Bibel zu ermöglichen. Sie brauchen keine neuen Feldsteine und Klötze in Form von komplexen Analysen für die Rekonstruktion des historischen Umfeldes der biblischen Gestalten. Sie sind auch nicht an der Problematisierung der historischen Jesusfrage und ihren Folgen für die Glaubwürdigkeit biblischer Texte interessiert. Sie wollen in der Bibel lesen und dabei „Gott selbst hören, wie er zu uns redet und uns mit seinem Wort leitet und hilft“ (LB Bedford-Strohm im gen. Vorwort).

Das ist ganz im Sinne Martin Luthers und seiner Bibelübersetzung. Er gibt den Lesern den Rat: *„Wer in der Heiligen Schrift studieren will, soll ja darauf sehen, dass er, so gut er immer kann, bei den einfältigen Worten bleibe und nicht davon weiche.“* (WA 24, 19). War der Reformator ein Biblizist weil er den Bibellesern einschärft, bei den „einfältigen Worten“ zu bleiben? Die Auswüchse der modernen historisch-kritischen Jesusforschung hat Luther nicht erlebt, so etwas aber wohl kommen sehen und davor gewarnt. In seiner Vorrede zum Alten Testament schreibt er: *„Dies ist die Schrift, die alle Weisen und Klugen zu Narren macht und allein den Kleinen und Einfältigen offensteht, wie Christus sagt“* (Mt 11, 25). Im 1. Band der Wittenberger Ausgabe seiner Werke (1539) wird er noch deutlicher: *„Erstlich sollst du wissen, dass die Heilige Schrift ein solch Buch ist, das aller andern Bücher Weisheit zur Narrheit macht, weil keins vom ewigen Leben lehret ohne dies allein. Darum sollst du an deinem Sinn und Verstand stracks verzagen. Denn damit wirst du es nicht erlangen. Sondern mit solcher Vermessenheit dich selbst und andere mit dir stürzen vom Himmel in den Abgrund der Hölle. Sondern knie nieder in deinem Kämmerlein und bitte mit rechter Demut und Ernst zu Gott, dass er dir durch seinen lieben Sohn wolle seinen Heiligen Geist geben, der dich erleuchte, leite und Verstand gebe“* (WA 50, 659). Gibt es also jetzt zwei verschiedene Bibeln nebeneinander? Eine für das ‚einfache, gemeine Volk‘, das auf Luthers Übersetzung fußende für uns Christen heilige Buch (LB i. gen. Vorwort), wie es seit 500 Jahren in Gebrauch ist und eine durch die moderne Jesusforschung mit Hilfe „der Standards eines wissenschaftlichen Weltbildes“ (W. Stegemann, S. 398) von allen ‚Mythen‘ und Wundern und im Sinne der ‚Political Correctness‘ auch von dem Auftrag zur Judenmission gereinigte Version für theologisch Gebildete? Etwas mehr Demut im Umgang mit der Heiligen Schrift, wie sie uns Martin Luther vorgibt, würde uns allen gut anstehen und uns helfen, die Bibel wieder als das zu erkennen, was sie schon immer war: Die Kraftquelle für unseren Glauben. D. K.

## **Christenverfolgung**

### **Überblick**

Der Generalbischof der Koptisch-orthodoxen Kirche für Deutschland Anba Damian äußert sich In einem Spezial von ideaSpektrum zur Christenverfolgung 2017: *„Weltweit werden jeden Tag Christen verfolgt, schikaniert und wegen ihres Glaubens bedrängt. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Freiheit hier in Deutschland nutzen, um immer wieder auf ihr Leid aufmerksam zu machen und für sie zu beten. Lassen wir dabei niemals zu, dass wir beginnen, die Verfolger zu hassen, denn alle Menschen sind Ebenbilder Gottes.“*

Im o.g. ideaSpektrum weist Helmut Matthies (vormaliger Leiter von idea) darauf hin, dass derzeit Christen in rd. 70 kommunistischen, islamischen, hinduistischen und buddhistischen Ländern verfolgt und bedrängt werden *„zwar in unterschiedlicher Härte und nicht in jedem Fall, aber es gibt in keinem dieser Länder die Freiheit, die wir in Deutschland genießen dürfen. Wir würden das Geschenk dieser Freiheit verschleudern, wenn wir nicht unsere vielen Möglichkeiten nutzen, um gegen die zahlreichen Unmöglichkeiten für die Christen in diktatorischen Staaten anzugehen“*.

Nach Angaben des Pew Research Center lebt über 75 % der Weltbevölkerung in Gebieten mit strikten religiösen Einschränkungen, Dies betrifft auch - Open Doors und anderen Beobachtern zufolge - weltweit mehr als 100 Millionen Christen, die Verfolgung oder Diskriminierung erleiden.

Open Doors ist als überkonfessionelles christliches Hilfswerk seit über 60 Jahren in rund 60 Ländern im Einsatz für verfolgte Christen. Jährlich veröffentlicht Open Doors den „Weltverfolgungsindex“, eine Rangliste von Ländern, in denen Christen am stärksten verfolgt oder diskriminiert werden. Für 2017 sind dies beginnend mit Nordkorea, Somalia, Afghanistan, Pakistan, Sudan, Syrien, Irak, Iran, Jemen, Eritrea, Libyen, Nigeria, Malediven, Saudi-Arabien, Indien, Usbekistan, Vietnam, Kenia, Turkmenistan, Katar, Ägypten, Äthiopien, Palästina, Gaza-Streifen (Rang 23), dann Laos, Brunei, Bangladesch, Jordanien, Myramar, Tunesien, Bhutan, Malaysia, Mali, Tansania, Zentralafrikanische Republik, Tadschikistan, Algerien, Türkei, Kuwait (Rang 38), usw.

Es fällt auf, dass besonders Länder mit muslimischer Bevölkerung ganz vorne mit dabei sind - darunter solche im Nahen Osten und in Nordafrika, in denen Christen vor der Expansion des Islam im 7. Jahrhundert, die Mehrheit stellten (Syrien, Irak, Libyen, Jordanien, Gazastreifen, Ägypten, Eritrea, Äthiopien, Tunesien, Algerien).

Die Gründe sind vielfältig, aber grob lässt sich sagen, dass diktatorische Regime das Christentum bekämpfen, weil es auffordert, Gott mehr zu gehorchen, als den Menschen (Apg 5,29) und weil es Gewaltlosigkeit predigt. Nichtchristliche Religionen scheuen die Konkurrenz des Christentums als „westlichen Einfluss“, der die heimische Kultur bedroht, aber auch wegen der befreienden Botschaft der Rechtfertigung vor Gott allein aus Gnade und wegen des Gebotes der Nächsten- und Feindesliebe.

Die vielfach sehr harte Verfolgung von Christen und anderen religiösen Minderheiten geschieht teils durch restriktive Gesetze und Regierungen, die unkontrollierte bzw. gleichberechtigte Religionsausübung verbieten, oder weil Regierungen militant-aggressives Verhalten von landesweiten oder regionalen Mehrheiten gegen religiöse Minderheiten nicht verhindern können oder wollen.

Eine Studie der Hilfsorganisation „Kirche in Not“ (Stiftung päpstlichen Rechts) für den Zeitraum 2014-2016 zeigt, dass die Religionsfreiheit in 38 Ländern eindeutig menschenrechtswidrig missachtet wird - darunter in 23 Ländern „mit den schwerwiegendsten Verstößen“. In Letzteren, darunter Nordkorea (Rang 1) und Eritrea (Rang 10), wird Religionsausübung mit der vollständigen Verweigerung von Rechten und Freiheiten bestraft – z.B. in Form von langfristiger Inhaftierung ohne faires Verfahren, Vergewaltigung und Mord.

In anderen Ländern mit autoritären Regimen wie Vietnam (Rang 17), Turkmenistan (Rang 19) Tadschikistan (Rang 35), China (Rang 39), wird scharf gegen Religionsgemeinschaften vorgegangen, die nicht der Parteilinie folgen.

In Ländern, in denen eine bestimmte Religion mit dem Nationalstaat identifiziert wird ist ebenfalls der Staat hauptsächlicher Akteur von Verfolgung und Diskriminierung. Das trifft u.a. zu auf Sudan (Rang 5), Iran (Rang 8), Malediven (Rang 13), Saudi-Arabien (Rang 14), Usbekistan (Rang 16), Katar (Rang 20).

In Pakistan (Rang 4) und Myanmar (Rang 28) gibt es Maßnahmen, um die Rechte der Mehrheitsreligion gegenüber Andersgläubigen zu stärken mit der Folge strikter Beschränkungen der Religionsfreiheit für religiöse Minderheiten, Hindernisse für einen Religionswechsel und harte Strafen für - den vielfach missbrauchten Vorwurf der - Blasphemie.

In zwölf der 23 Länder mit den schwerwiegendsten Verstößen gegen die Religionsfreiheit sind nichtstaatliche Akteure für die Verfolgung verantwortlich, meist militante fundamentalistische Organisationen (Somalia/Rang 2, Afghanistan/3, Pakistan/4, Syrien/6, Irak/7, Jemen/9, Libyen/11, Nigeria/12, Indien/15, Kenia/18, Ägypten/21, Äthiopien/22).

Wir sollten unsere politischen und wirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten nutzen, um diesen Menschenrechtsverletzungen zu begegnen. In erster Linie müssen unsere Kirchen und wir als Spender den Glaubensgeschwistern helfen, aber auch die Politik muss unterstützen, indem sie die ihr gegebenen Hebel nutzt.

Mit welchem Einsatz von Ressourcen und wie unsere Regierung und unsere Kirchen gegen Verfolgung und Diskriminierung von Christen vorgehen, ist schwer abzuschätzen, da es in vielen Fällen wirksamer ist, dies eher diskret oder auf Umwegen zu tun. Allerdings spricht die große Zahl verfolgter und diskriminierter Christen (s.o.) dafür, dass sehr viel mehr getan werden muss.

Dass öffentlicher Druck Wirkung erzielen kann, zeigt die regelmäßige Veröffentlichung des „Gefangenen des Monats“ in ideaSpektrum, in dem idea gemeinsam mit der Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IFGM) das Schicksal von Christen beschreibt, die wegen ihres Glaubens inhaftiert und z.T. sogar mit Exekution bedroht sind. Lesern und Gemeinden wird ein Briefvorschlag an die Botschaft des jeweils betreffenden Landes in Deutschland anhand gegeben, in dem die Freilassung dieser Christen gefordert wird. Aus welchen Beweggründen auch immer ist die Erfolgsquote beachtlich.

Es gibt bei uns nur wenige Politiker oder leitende Kirchenfunktionäre, die das Thema Christenverfolgung öffentlichkeitswirksam ansprechen - dazu gehört der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag Volker Kauder.

Aber auch das gibt es: Anlässlich eines Fackelzuges am 12. Dezember in Wien „Stopp Christenverfolgung“ sagte der Direktor des päpstlichen Missionswerkes „Missio“ in Österreich, Pater Karl Wallner, das Tragische sei: „Wir im Westen sind wie paralytisch, stumm und untätig. Warum? Bei uns in Europa ist der Glaube schwach geworden, aus dem Glauben an Christus ist ein säkularer Humanismus, ein oft naiver Tolerantismus und verharmlosender Pazifismus entsprungen.“

Eine Emanzipation vom Christentum habe dazu geführt, dass es im säkularen europäischen Denken eine abwehrende Grundstimmung gegen das Christentum gebe, Der inzwischen zum Bundeskanzler gewählte Sebastian Kurz (ÖVP) kündigte bei der Gelegenheit an, sich verstärkt für verfolgte Christen einzusetzen: „Der Schutz von Christen muss einen stärkeren Bezug für unser außenpolitisches Handeln erhalten, bilateral und auf EU-Ebene.“ Besorgniserregend sei die Situation von Christen und anderen religiösen Minderheiten vor allem im Nahen Osten und im übrigen Asien.

Für unsere Regierung können die Entwicklungshilfe und Wirtschaftsbeziehungen gute Hebel sein - vor allem dort, wo Menschen staatlicherseits bedrängt werden. Auch sollte von diesen Staaten mit Nachdruck Religionsfreiheit eingefordert werden wie sie in den allgemeinen Menschenrechten verankert ist, und es sollte auf Gegenseitigkeit bestanden werden, entsprechend der Religionsfreiheit in unserem Land.

Wertvolle, wegen beschränkter Ressourcen aber nur begrenzte, Hilfe leisten staatsunabhängige Organisationen, z.B. Christian Solidarity International, ([www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)), Evangelische Karmelmission ([www.karmelmission.org](http://www.karmelmission.org)), Hilfe für Brüder International ([www.gottes-liebe-weltweit.de](http://www.gottes-liebe-weltweit.de)), Hilfsaktion Märtyrerkirche HMK e.V. – Hilfe für verfolgte Christen ([www.verfolgte-christen.org](http://www.verfolgte-christen.org)), Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, ([www.menschenrechte.de](http://www.menschenrechte.de)), Kirche in Not ([www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)), Open Doors ([www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)).

Die EKD unterhält keine Hilfsorganisation für verfolgte und diskriminierte Christen wie z.B. die röm.-kath. Kirche mit „Kirche in Not“. In einem Ende 2013 veröffentlichten Chrismon-Interview mit dem zuständigen Referenten bei der EKD, OKR Thorsten Leißer, wird große Zurückhaltung deutlich. Auf die Frage zu diesem Thema, Tut die EKD denn etwas? war die Antwort: *„Ja. Wir arbeiten mit Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch zusammen und stehen in ständigem Kontakt mit Partnern vor Ort.“* Charakteristisch für diese EKD-Stellungnahme sind Aussagen wie *„‘Verfolgt‘ – das ist oft eine Zuschreibung von außen“* oder *„Hilfe kann Verfolgte in Bedrängnis bringen“*, oder *„So können Privatpersonen helfen“*. Ansonsten setzt sich die EKD bei der Bundesregierung für ein größeres Kontingent von Flüchtlingen ein und für einen vereinfachten Familiennachzug bei schon in Deutschland lebenden Syrern. *„Man muss den Lebensunterhalt garantieren und die Krankenversicherung übernehmen, sonst werden edle Ziele am Ende doch konterkariert. Wir reden mit Ministerien und dem Auswärtigen Amt, wir haben auch Kontakte zu Bundestagsabgeordneten“*.

Viel wirksamer könnten wir für unsere bedrängten Glaubensbrüder eintreten, wenn wir Christen unsere Zersplitterung überwinden würden. So könnten wir glaubwürdiger sein und durch Ressourcenbündelung mehr Durchschlagskraft entwickeln. Der (orthodoxe) Ökumenische Patriarch von Konstantinopel Bartholomäus I. sagte in einer im Juni 2017 gehaltenen Rede in der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Blick auf die allgemeinen Menschenrechte: *„Angesichts dieser großen Herausforderungen sind die christlichen Kirchen und Konfessionen berufen, gemeinsames Zeugnis zu geben. Das macht die innerchristliche Verständigung dringlich. Ein gespaltenes Christentum ist kein überzeugender Vertreter der Solidarität, des Friedens, der Versöhnung und des Schutzes der fundamentalen Menschenrechte.“*

### (idea) **Erster Professor für die Erforschung der Christenverfolgung**

Der Religions- und Missionswissenschaftler Prof. Christof Sauer (54) ist von der Freien Theologischen Hochschule (FTH) in Gießen auf die „Stiftungsprofessur für Religionsfreiheit und die Erforschung der Christenverfolgung“ berufen worden. Die FTH ist die erste Hochschule in Deutschland, die einen solchen Lehrstuhl eingerichtet hat. Laut Rektor Stephan Holthaus findet dadurch auch in der wissenschaftlichen Welt Beachtung, „dass weltweit über 100 Millionen Christen Diskriminierung und Verfolgung erleiden müssen“. An der evangelikalen Hochschule studieren derzeit rund 140 junge Christen.

### **„Wie dramatisch die Christenverfolgung ist, wird nicht genügend belichtet“**

Wie Sauer im Interview mit idea sagte, will er unter anderem an einer Vertiefung des Verständnisses von Religionsfreiheit arbeiten: „Die weltweite Situation ist komplex und in jedem Land anders. Sauer will durch seine Tätigkeit dem Thema mehr Öffentlichkeit verschaffen, denn es sei unterrepräsentiert: „Wie dramatisch das Ausmaß der Christenverfolgung ist, wird nicht genügend belichtet.“

Religionsfreiheit und Christenverfolgung sollten immer gemeinsam betrachtet werden. Die evangelischen Landeskirchen Deutschland könnten sich stärker für bedrängte Christen einsetzen: „Die großen Kirchen äußern sich häufig sehr deutlich zu Menschenrechten. Aber sie dürfen darüber das weltweite Leid der Christen nicht vergessen.“

## **Bibel und Bekenntnis**

### **Evang. Pfarrer kritisiert kirchliche Lehre vom Sühnetod Jesu**

In einem Interview der „Rheinischen Post“ vertritt der Pfarrer der Lutherkirche in Köln, Hans Mörtter, die Ansicht, dass die Lehre vom Sühnetod Jesu Christi für die Sünden der Menschen nicht mehr zeitgemäß sei. Für den Reformator Martin Luther (1483–1546) habe die „Sühnethorie“ eine wichtige Rolle gespielt. Es sei aber „fragwürdig“, dass die beiden großen Kirchen heute noch daran festhielten. „Was ist das für eine Religion, die sich darauf fixiert, dass jemand geopfert werden muss, damit Gott uns beisteht?“, so Mörtter.

Der Sühnetod Christi ist eine schwerwiegende Sache des Glaubens. Deshalb ist es Aufgabe der Kirche und ihrer auf Bibel und Bekenntnis ordinierten Pfarrer das unverfälschte Evangelium zu verkünden (Mt 28,18-20) und menschlichem Zweifel zu widerstehen - so wie es einst Luther getan hat.

Zu allen Zeiten lag die Bibel quer zum Zeitgeist und vielfach erlitten Verkünder der frohen, befreienden Botschaft den Märtyrertod. Heute können im Kirchenauftrag predigende Pfarrer bis hinauf in Führungspositionen - ganz ohne Risiko und gut versorgt - heilsrelevante Aussagen der Bibel als nicht mehr zeitgemäß infrage stellen. Analog wird durch das heute übliche Zurechtdeuten biblischer Ge- und Verbote deren heilsame Bestimmung untergraben, die seit Jahrtausenden dem Gedeihen der Menschheit dienen und dem Menschen innewohnende Begierden zügeln.

In der Nazizeit hat die evang. Kirche – damals die „Deutschen Christen“ - u.a. am Beispiel der Rassenlehre gezeigt, wie ideologieanfällig Kirche ist, wenn sie biblische Aussagen undeutet oder gar missachtet.

### **„Dein Wille geschehe“**

Viele Christen, die diese Bitte im Vaterunser so verstehen, dass wir bereit sein mögen, als Gottes Willen hinnehmen, was auch passiert, haben mit dieser Bitte Probleme. Es fällt uns schwer zu unterstellen, dass alles Böse, Leid und Elend der Welt Gottes Wille sei. Letztlich ist das die Frage nach der Verantwortung Gottes für die Übel und Leiden in der Welt (Theodizee).

Ganz anders ist es, wenn man die Bitte „Dein Wille geschehe“ als Konkretisierung der vorhergehenden Bitte „Dein Reich komme“ versteht, nämlich, es möge Gottes Wille bewirken, dass sein Reich auch auf Erden respektiert wird – dass Leid und Übel überwunden werde – wie es verheißen ist (z.B. Jes 65,17, Mt 3,2, Mt 4,17, 2.Petr 3,13, Offb 21,4).  
vB

### **Ehe und Familie**

#### **Lieben statt absegnen!**

Ein aktuelles Wort des Vorstandes der Pfarrer-Arbeitsgemeinschaft Confessio e.V. zur Diskussion um die Homo-Segnung (leicht gekürzt)

„Die Kirche muss selbstverständlich gleichgeschlechtliche Paare segnen!“ Diese Forderung steht z.Z. im Raum.

Viele halten die Einführung eines Gottesdienstes mit der Segnung eines Paares, das aus zwei Männern oder zwei Frauen besteht, in der evangelischen württembergischen Landeskirche für zeitgemäß und längst überfällig. In der bisherigen Gottesdienstordnung gibt es solch eine Segnung nicht.

Politiker, Medien und Meinungsmacher predigen auf allen Kanälen die Natürlichkeit, Harmlosigkeit und Normalität der Gleichgeschlechtlichkeit. Vertreter mehrerer Kirchengemeinden der württembergischen Landeskirche haben sich unter dem Namen „Initiative Regenbogen“ an die Kirchenleitung gewandt mit der Forderung, derartige Segnungen sowie das Zusammenleben solcher Paare im Pfarrhaus zu ermöglichen.

Wir möchten unser Befremden ausdrücken über Bestrebungen, eine Position im Widerspruch zu Bibel, Bekenntnis und Kirchenordnung zu etablieren.

Wir möchten Gemeindeglieder und Synodale, die in die neue, falsche Richtung gedrängt werden, darauf hinweisen, dass die Argumente für eine Segnung gleichgeschlechtlicher Paare nicht tragen.

#### 1. Behauptung: „Hat Gott so geschaffen!“

Es wird gesagt: Homosexualität sei in wissenschaftlicher Sicht eine Schöpfungsgabe.

Contra

Erstens kann die Wissenschaft keine Aussage darüber machen, ob ein bestimmtes Phänomen vom Schöpfer stammt oder nicht.

Zweitens gibt es in dieser Frage eine wissenschaftliche Diskussion mit unterschiedlichen Sichtweisen. Eine ganze Reihe von Psychotherapeuten und Medizinern vertreten die Ansicht, dass homosexuelle Neigungen sehr viel mit einer problematischen Lebensgeschichte des Kindes und Jugendlichen zu tun haben und deswegen nicht ausschließlich als angeborene Disposition zu erklären, sondern zumindest teilweise erworben sind.

Drittens teilt Gottes Wort, die Heilige Schrift mit, dass der Schöpfer Mann und Frau geschaffen hat, die füreinander bestimmt sind. Mann und Frau: in gleicher Würde, in eindeutiger geschlechtlicher Unterschiedenheit.

2. Behauptung: „Kommt uns bitte nicht mit der Bibel!“

Es wird gesagt: Man dürfe die kritischen Aussagen der Bibel über Homosexualität nicht wörtlich verstehen und fundamentalistisch verwenden.

Contra

Auch die glühendsten Verfechter der Homo-Segnung müssen zugeben, dass das Urteil der Bibel über die schwule und lesbische Paarung ausnahmslos vollständig ablehnend ist. Deshalb scheut man sich inzwischen, den klaren Wortlaut zu zitieren.

2.1 Im Alten Testament untersagt das Heiligkeitsgesetz Gottes Volk Israel jegliche sexuelle Beziehung außerhalb einer regulären Ehe zwischen Mann und Frau. Neben dem Inzest, der bis heute zu Recht unter Strafe steht, oder einer Paarung mit Tieren, die bis heute aus guten Gründen gesellschaftlich geächtet ist, wird auch die gleichgeschlechtliche Paarung verworfen: „Du sollst nicht bei einem Mann liegen wie bei einer Frau; es ist ein Gräuel.“ (3.Mo 18,22)

2.2 Im Neuen Testament wird diese Definition der homosexuellen Praxis als Sünde bestätigt und damit für alle Zeiten in Geltung gesetzt. Im Römerbrief, der am ausführlichsten die Kernbotschaft und Basis jeder evangelischen Kirche entfaltet, legt der Apostel gleich im ersten Kapitel dar, dass aus der Verkennung des Schöpfers und der Vergötterung des Menschlich-Irdischen auch die Verkehrung des Guten ins Böse und des Normal-Vernünftigen ins Perverse folgt. Der desorientierte Mensch ist von Gott „dahingegeben in schändliche Leidenschaften“.

„Denn bei ihnen haben Frauen den natürlichen Verkehr vertauscht mit dem widernatürlichen; desgleichen haben auch die Männer den natürlichen Verkehr mit der Frau verlassen und sind in Begierde zueinander entbrannt und haben Männer mit Männern Schande über sich gebracht und den Lohn für ihre Verirrung, wie es ja sein musste, an sich selbst empfangen.“ (Römer 1,26f)

Demnach ist die schwule und lesbische Lebensführung nicht nur unnatürlich und schändlich, sondern auch schädlich für Leib und Seele.

Dass dieses Werturteil in griechisch-römischer Zeit gegen eine Kultur durchgesetzt werden musste, die im Blick auf Homosexualität tolerant dachte und handelte, zeigt u.a. der 1. Korintherbrief. Der Apostel warnt Christen davor, in die üblichen Verhaltensweisen des gottfernen Menschen zurückzufallen:

„Täuscht euch nicht! Weder Unzüchtige noch Götzendiener noch Ehebrecher noch Lustknaben (wörtlich: Weichlinge) noch Knabenschänder (wörtlich: Männer, die mit Männern schlafen) noch Diebe noch Habgierige noch Trunkenbolde noch Lästler noch Räuber werden das Reich Gottes ererben.“ (1.Kor 6,9f)

Die exakte Übersetzung zeigt, dass hier nicht der Umgang mit Minderjährigen kritisiert wird, sondern der Umgang mit dem gleichen Geschlecht. Ein homosexuelles Lebenskonzept bedeutet Rebellion gegen Gottes Lebenskonzeption, damit aber Ausschluss aus der Gemeinschaft mit Gott in Zeit und Ewigkeit.

2.3 Jeden beliebigen Text, den man ernst nimmt, muss man zunächst einmal „wörtlich“ verstehen, d.h. philologisch korrekt erfassen und seine Aussageabsicht herausarbeiten. Wer mit der klaren Aussageabsicht der Bibel nicht einverstanden ist, kann ihr

eine alternative Aussage entgegenstellen und dafür eine Begründung anführen. Jede Begründung verweist auf nicht weiter begründbare Voraussetzungen, die man auch als „Fundamente“ bezeichnen kann. Insofern geht der Vorwurf des „Fundamentalismus“ logisch ins Leere. Als Schlagwort und Kampfwort verwendet stellt es in einer Zeit, in der man vom „islamistischen Fundamentalismus“ spricht, eine besonders verletzend Diffamierung dar.

### 3. Behauptung: „Gott segnet alles und jedes!“

Es wird gesagt: Weil Gott alle Menschen segne, müsse die Kirche auch Männerpartnerschaften und Frauenpaare segnen.

Contra

Tatsächlich lässt „Gott seine Sonne aufgehen über Böse und Gute und lässt regnen über Gerechte und Ungerechte“, erklärt Jesus (Mt 5,45). Gott in seiner Menschenliebe und Feindesliebe tut auch solchen Personen wohl, die zerstörerisch leben, nicht schöpfungsgemäß und nicht gottgemäß.

Gleichzeitig aber muss man wissen, dass sich der Mensch, der die Umkehr zu Gott versäumt, den Fluch zuzieht. Die Befreiung von dem Fluch des heiligen Gottes ist nur möglich durch den Glauben an den Erlöser Christus, erklärt der Apostel: „Christus hat uns erlöst vom Fluch des Gesetzes.“ (Gal 3,13)

Der Christussegens wird dort geschenkt, wo der Glaube an Christus und der Respekt vor seiner Lehre vorhanden ist. Weil Jesus die Eheordnung einschärft und sein autorisierter Kirchengründer Paulus dementsprechend die Persiflage der Ehe, die schwule und lesbische Paarung, verwirft, ist eine kirchliche Segnung im Namen des dreieinigen Gottes nicht nur leeres Theater, sondern auch Gotteslästerung.

### 4. Behauptung: „Jesus ist doch der Prediger der bedingungslosen Liebe!?“

Es wird gesagt: Weil Christen im Geist der bedingungslosen Liebe Jesu handeln, seien auch homosexuelle Paare zu tolerieren, zu akzeptieren und zu segnen.

Contra

4.1 Die Menschenfreundlichkeit von Jesus zeigte sich darin, dass er offen war für alle. Nicht nur für Fromme, sondern auch für Gottferne. Nicht nur für Wohlsituierte, sondern auch für „Zöllner und Sünder“. Allen, die Jesus aufsuchten, um ihm aufmerksam zuzuhören, wurde klar: Kein Mensch lebt in Übereinstimmung mit seinem Schöpfer.

Es ist notwendig, dass jedermann Sünde erkennt und bereut. Dann empfängt er durch Jesus Vergebung. Der Anschluss an Jesus verpflichtet dazu, ein neues, gottorientiertes Leben zu führen.

Das Wort von der „bedingungslosen Liebe“ wird leicht zum Klischee, das vergessen lässt, wie die Zuhörer sich entsetzten über die Art und Weise, in der Jesus von Gottes Willen und über die Bedingungen der Nachfolge sprach.

4.2 Liebe besteht niemals darin, alles zu tolerieren und zu akzeptieren. Eltern, die ihrem Kind alles durchgehen lassen, tun ihrem Kind nicht wohl, sondern versäumen eine vernünftige Erziehung.

Gottes Liebe zu seiner Gemeinde drückt sich weder im alten noch im neuen Bund in einem Laissez-faire-Stil aus, sondern in höchster Achtsamkeit, die das Gute lobt und das Verkehrte kritisiert. Der Mensch, der auf diesen Gott hört, lernt eine Nächstenliebe, die auf den andern achtgibt:

„Du sollst deinen Bruder nicht hassen in deinem Herzen, sondern du sollst deinen Nächsten zurechtweisen, damit du nicht seinetwegen Schuld auf dich lädst.“ (3.Mo 19,17)

„Wenn ein Mensch von einer Verfehlung ereilt wird, so hilft ihm wieder zurecht mit sanftmütigem Geist.“ (Gal 6,1)

Echte Liebe erkennt den Fehlweg, spricht ihn an, führt zur Umkehr und leitet an zu entschlossenen Schritten auf dem Weg der Nachfolge und Veränderung. Echte Liebe besteht niemals darin, das Verkehrte abzusegnen.

5. Behauptung: „Nur Segnung ist wahre Seelsorge.“

Es wird gesagt: Weil Homosexuelle diskriminiert wurden und viel erlitten haben, müssten sie nun kirchlich anerkannt und integriert werden.

Contra

In der Tat wurde Homosexualität selbst noch in der jungen Bundesrepublik und in der DDR strafrechtlich verfolgt, mit der Begründung, dass diese Verhaltensweise gegen das Sittengesetz verstößt. Das Unrecht, eine persönliche Neigung strafrechtlich zu reglementieren, ist zum Glück überwunden. Der neue Trend zur Anerkennung von Homosexualität hat seinen Niederschlag im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz gefunden, das eine Diskriminierung einer andern sexuellen Identität untersagt. Es ist ein kapitaler theologischer Fehler, aus dieser Gesetzgebung, die auslegungsbedürftig ist, weil der Begriff „Diskriminierung“ je nach Interessenlage interpretierbar ist und der Begriff „sexuelle Identität“ ohne vernünftige, wissenschaftliche Begründung aufgebracht worden ist, eine kirchliche Pflicht der Anerkennung der homosexuellen Lebensweise abzuleiten.

Die Kirche lebt zwar im Rahmen einer staatlichen Norm, ist aber zuerst und vor allem der Norm des Wortes Gottes verpflichtet. Nach der Anleitung des Wortes Gottes sollen Christen jedem Menschen, der in jedem Fall ein Sünder ist, annehmend begegnen; seiner Sünde aber kritisch.

Deshalb wollen wir Gemeinden dazu helfen, offen zu werden für die Begegnung mit homosexuell empfindenden Menschen. Wir wollen aber auch den Mut und die Mühe fördern um eine seelsorgerlich wirklich hilfreiche Begleitung in der Gegenwart des lebendigen Gottes. Er warnt den Sünder vor seinem Zorn, bietet aber in Christus seine Barmherzigkeit an und schafft durch seinen Geist die Wende in der Lebensgestaltung.

6. Behauptung: „Kirche muss zeitgemäß sein.“

Es wird gesagt: Eine Kirche ohne Homo-Segnung sei überholt und unattraktiv für den Menschen von heute.

Contra

Wir sehen die Aufgabe, kirchliches Leben neu zu gestalten, so dass der Mensch von heute die gute Nachricht von Jesus Christus klar vernehmen und eine hilfreiche, schöne Gemeinschaft des Glaubens erleben kann.

Die Kirche, die sich in ihrem Lehren und Handeln gegen seine Autorität auflehnt, ist möglicherweise erfolgreich und angesehen. Aber sie verliert die Vollmacht, Menschen von heute Heil und Segen zu bringen.

(idea) **Befürworter der „Homo-Segnung“ machen Druck**

Die Befürworter einer öffentlichen Segnung gleichgeschlechtlicher Partner in Württemberg lassen nicht locker, obwohl die Landessynode Ende November entschieden hat, eine solche Handlung nicht einzuführen.

Der ehemalige Oberkirchenrat Heiner Küenzlen – er gehörte zum linksliberalen synodalen Gesprächskreis „Offene Kirche“ und kandidierte 1993 erfolglos für das Bischofsamt – macht sich jetzt vehement für eine Segnung homosexueller Partner im Gottesdienst stark. Aus seiner Sicht ist eine „begrenzte Regelverletzung“ gerechtfertigt. Er halte die bestehende Regelung – sie erlaubt eine Segnung nur im nichtöffentlichen Rahmen der Seelsorge – „nicht mehr für begründet“. Im Traugebet der Agende heiße es: „Wir bitten Gott, dass er zu Eurem menschlichen Ja sein göttliches Amen sage.“ Das müsse selbstverständlich auch für gleichgeschlechtliche Paare gelten, sagte er in einem Interview der Stuttgarter Zeitung (Ausgabe 27. Januar).

**Ruft ein Ex-Oberkirchenrat zum Rechtsbruch auf?**

Auf die Frage, ob er damit Rechtsbruch begehe, antwortete Küenzlen: „Das würde ich so nicht sagen, denn an dieser Stelle sind die Vorschriften veraltet.“ Eine Änderung stehe seit langem an. Als ordiniertes Pfarrer dürfe er homosexuelle Paare im Amtszimmer segnen, aber nicht in der Kirche, „obwohl das öffentliche Bekenntnis zueinander eigentlich ein erwünschter Ausdruck gegenseitiger Verantwortungsübernahme ist“. Diese Vorgaben seien theologisch widersprüchlich. „Deshalb halte ich die begrenzte Regelverletzung von mir, aber auch von anderen Pfarrern, für legitim.“

40 der 50 Dekane in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg sprechen sich dafür aus, homosexuelle Partner segnen zu dürfen, und kündigten schriftlich an, dass sie auf Wunsch eine entsprechende Handlung durchführen werden.

Nach Ansicht Küenzlens ist es nicht notwendig, eine neue Amtshandlung mit entsprechender Agende zu beschließen, die in der Synode eine Zweidrittelmehrheit finden müsste. Es müsse lediglich der vom Kirchenparlament einst gefasste Beschluss, dass eine Segnung im privaten Rahmen möglich sei, erweitert werden für den öffentlichen Gottesdienst. Zur Frage, warum die Kirchenleitung nicht diesen unkomplizierten Weg gewählt habe, meinte Küenzlen: „Das müssen Sie die Kirchenjuristen fragen. Ich versuche, diesen Vorschlag zu machen und sie davon zu überzeugen.“ Nach seinen Worten hat die jetzige Beschlusslage fatale Folgen. Sie laufe „auf eine klare Abwerbung vom Beruf des Pfarrers hinaus“. Er kenne zahlreiche junge Theologen, die jetzt sagten, dass sie in einer solchen Kirche keinen Dienst tun könnten. Manche wanderten in andere Landeskirchen ab. Laut der Stuttgarter Zeitung haben mehr als 160 württembergische Pfarrer angekündigt, sich nicht an das Verbot halten zu wollen, homosexuelle Partner öffentlich zu segnen.

Im Gegensatz zur württembergischen können in der anderen Landeskirche des Bundeslandes – der badischen – gleichgeschlechtliche Partner getraut werden. Ebenfalls möglich ist es in den Kirchen in Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Hessen-Nassau, im Rheinland und der Evangelisch-reformierten Kirche. In fast allen anderen Landeskirchen sind Segnungen möglich. Ausnahmen sind neben der württembergischen die bayerische und die schauburg-lippische Landeskirche.

### (idea) **Landesbischof Meister will EKD-weite Trauung Homosexueller**

Der Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Ralf Meister, hat sich für die kirchliche Trauung gleichgeschlechtlicher Partner ausgesprochen. In der gesamten EKD sollte es künftig eine einheitliche Agenda (liturgischen Ablauf) für Trauungen heterosexueller und homosexueller Paare geben, sagte er auf der Synodentagung seiner Kirche im Nov. 2017 in Hannover. Bisher ist in der Landeskirche eine öffentliche Segnung gleichgeschlechtlicher Partner möglich. Schon in einer vor drei Jahren beschlossenen Handreichung der hannoverschen Landeskirche orientierte sich die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare aber „in weiten Zügen an der Trauung“, so Meister. Theologisch gebe es zwischen Segnung und Trauung keinen Unterschied. Für das Jahr 2018 erwarte er in seiner Landeskirche die Einführung einer Handreichung für die Eheschließung, die gleichermaßen für hetero- und homosexuelle Paare gilt. Das Papier könne allerdings nicht „Agende für die Trauung“ genannt werden, weil Agenden immer gemeinsam von der Vereinigung Evangelisch-Lutherischer Kirchen in Deutschland (VELKD) herausgegeben werden und es in einigen Landeskirchen noch Widerstand dagegen gebe. Er sei aber zuversichtlich, dass in der Frage in einigen Jahren Einigkeit herrsche, und dann alle EKD-Gliedkirchen gleichgeschlechtliche Partner trauen werden.

Zur Begründung seiner Forderung sagte Meister, dass das Eheverständnis sich durch die Jahrhunderte permanent verändert habe: „Das einzigartige biblische Vorbild Mann-Frau ist nicht mehr allein und exklusiv gültig“. „Eine Zweisamkeit in Verbindlichkeit und Treue stehe auch unter gleichgeschlechtlichen Paaren unter Gottes Segen.“ Meister sprach sich auch für das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare aus.

### (div.) **„Ehe für alle“ - „Demo für alle“**

Am 20. Januar fand ein Symposium des Aktionsbündnisses „Demo für alle“ zum Thema „Öffnung der Ehe – Folgen für alle“ in Kelsterbach bei Frankfurt/Main statt. Die Tagung „mit mehr als 500 Teilnehmern“ wurde gemeinsam mit der internationalen Petitionsplattform CitizenGO durchgeführt. Dort haben nach Angaben der Veranstalter bereits 230.000 Bürger einen Aufruf gegen die „Ehe für alle“ unterzeichnet. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Kritik an der im Juli 2017 vom Bundestag beschlossenen „Ehe für alle“.

### **Kein Hass gegen Homosexuelle**

Die Sprecherin der „Demo für alle“, Hedwig von Beverfoerde, nannte die Ehe die Keimzelle jeder Gesellschaft. Sie bestehe aus Mann und Frau mit dem Ziel, Kinder zu bekommen und aufzuziehen. Daran gelte es festzuhalten. Das bedeute nicht, dass man andere Lebensformen abwerten wolle. „Wir haben keinen Hass gegen homosexuell empfindende Menschen. Jeder soll die Freiheit haben, im Rahmen der Gesetze sein Leben so zu gestalten, wie er es für richtig hält.“

### **Rechtswissenschaftler: „Ehe für alle – ein Verfassungsbruch?“**

Auf der Tagung sprach **Prof. Jörg Benedict** von der Universität Rostock zum Thema „Ehe für alle – stiller Verfassungswandel oder offener Verfassungsbruch?“ Er wies nach, dass die Verfasser des Grundgesetzes unter „Ehe“ ausschließlich die Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau verstanden und dass die Neufassung des § 1353 BGB ein Anschlag auf die Ehe und ein Bruch des Grundgesetzes ist.

### **Für Kinder ist das Aufwachsen mit Vater und Mutter sehr wichtig**

In einem Interview des Journalisten **Jürgen Liminski** mit dem Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, **Dr. med. Christian Spaemann**, wurde deutlich, wie wichtig Vater und Mutter für eine positive Persönlichkeitsentwicklung und Findung der Geschlechtsidentität als Mann oder Frau sind.

Die Juristin und Bioethikerin **Dr. Stephanie Merckens** aus Wien zeigte in ihrem Vortrag, welche Gefahren eine rechtlich nicht konsequent geregelte Adoptionspraxis und Fortpflanzungsindustrie mit sich bringen.

### **Kritik: Leihmütter werden als „Brutkästen“ missbraucht**

Die Journalistin **Birgit Kelle** ging auf die Folgen der „Ehe für alle“ ein. Mit dem Gesetz habe man durch die Hintertür auch das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt, weil sie gegenüber heterosexuellen Paaren nicht diskriminiert werden dürften. Sie plädierte dafür, eine breite gesellschaftliche Diskussion über das Thema zu erzwingen. Scharfe Kritik übte sie ferner an Bestrebungen, auch in Deutschland die verbotene Leihmutterschaft zu erlauben, um so ihren Kinderwunsch zu erfüllen. „Doch es gibt kein Recht auf ein Kind“. Die Leihmutterschaft sei die größte Ausbeutung einer Frau. Sie werde so zum „Brutkasten“. Viel stärker als bisher müsse dabei auch das Menschenrecht des so entstandenen Kindes in den Blick genommen werden. Kelle: „Was bewirkt das in den Köpfen der Kinder, wenn sie feststellen: Meine Mama hat mich verkauft.“

Der österreichische Jurist, **Dr. Jakob Cornides**, Beamter der Europäischen Kommission, gab interessante Einblicke zum Thema: „Ehe-Öffnung' in Europa und weltweit“. Bezogen auf Deutschland empfahl er dringend, eine Normenkontrollklage gegen das Ehe-Öffnungsgesetz.

### **Gegendemonstranten wünschen der Tagung ein zweites Stalingrad**

Im Vorfeld hatten Gegner der „Demo für alle“ angekündigt, dass die Tagung für die Teilnehmer der „Demo für alle“ zu einem „zweiten Stalingrad“ werde. Stalingrad steht für die völlige Vernichtung der 6. Deutschen Armee im Zweiten Weltkrieg.

Das „Bündnis für Akzeptanz und Vielfalt Frankfurt“ hatte zu einer Gegendemonstration aufgerufen. Die „Demo für alle“ sei für „rechts-konservative, homophobe, transphobe, interphobe und sexistische“ Haltungen bekannt, heißt es dort. Einer solchen „menschenfeindlichen Einstellung müsse die Stirn geboten werden“. vB

### **Kampf für ungeborene Kinder**

#### **(idea) EKD sollte sich von chrismon-Chefredakteurin distanzieren**

Ein Artikel der Chefredakteurin des evangelischen Monatsmagazins „chrismon“ Ursula Ott, stößt auf heftige Kritik. Sie fordert auf der Internetseite des Magazins, das Werbeverbot für Abtreibung abzuschaffen. Wer über Abtreibungen informieren wolle, so Ott, dürfe nicht länger drangsaliert werden.

Der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm teilte dazu mit, dass er diese Meinung nicht teile, aber dass sie „innerhalb der möglichen Meinungsäußerungen im Bereich des Protestantismus“ liege. Werbung für Abtreibung muss verboten bleiben, über Abtreibungen zu informieren sei aber „legitim“.

(idea) **„Jedes Leben ist heilig“**

Diese Meinung vertrat US-Präsident Donald Trump am 19. Januar in einer Videobotschaft zum 45. Marsch für das Leben in Washington. Er sagte in seiner Rede an die Demonstranten, ihre Bewegung sei „aus Liebe geboren“: „Ihr liebt Eure Familien, ihr liebt Eure Nachbarn und ihr liebt jedes Kind – geboren und ungeboren – weil ihr daran glaubt, dass jedes Leben heilig und jedes Kind ein kostbares Geschenk von Gott ist.“ Der Marsch für das Leben stehe für „die Heiligkeit des Lebens und die Familie als Grundlage unserer Gesellschaft“. Das Leben sei „das größte Wunder von allen“. Der Präsident forderte einen stärkeren Schutz für ungeborene Kinder. Die USA seien eines der wenigen Länder, die Schwangerschaftsabbrüche nach der 20. Woche zuließen. Trump rief den Senat auf, einer Gesetzesinitiative zuzustimmen, die solche Abtreibungen in den meisten Fällen verbieten solle.

**Hunderttausende Teilnehmer unter dem Motto „Liebe rettet Leben“**

Der Marsch für das Leben erinnert an die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, der Abtreibungen 1973 zur Privatsache erklärt und damit legalisiert hatte. Seitdem sind in den USA insgesamt etwa 59 Millionen Babys im Mutterleib – teilweise bis kurz vor der Geburt – getötet worden. Jährlich sollen es nach Schätzungen 1,1 Millionen sein. Am ersten Marsch für das Leben beteiligten sich 1974 rund 20.000 Menschen. 2013 waren es 650.000. In diesem Jahr nahmen nach Angaben der Veranstalter „Hunderttausende Demonstranten“ daran teil, davon viele unter 30 Jahren.

### **Gender-Ideologie**

(iDAF) **Auch der Europäische Gerichtshof ist genderpolitisch unterwegs**

Am 11. Januar übernahm Generalanwalt Wathelet in seinen Schlussanträgen exakt die politische Vorstellung und Argumentation, die EU-Innenkommissar Frans Timmermans am 24. Juni 2015 bei einer Veranstaltung des internationalen Schwulen- und Lesben-Verbands ILGA formulierte: Selbst wenn einzelne Mitgliedstaaten die Homo-Ehe nicht im eigenen nationalen Recht anerkennen, sollten sie zumindest den Anstand haben, die in anderen Mitgliedstaaten geschlossenen Homo-Ehen im eigenen Land anzuerkennen. Generalanwalt Wathelet argumentierte: Obwohl es den Mitgliedsstaaten freistehe, die Ehe zwischen Personen desselben Geschlechts zu erlauben oder nicht, sollten sie die Aufenthaltsfreiheit eines Unionsbürgers nicht dadurch behindern dürfen, dass sie seinem gleichgeschlechtlichen Ehegatten und Staatsbürger eines Nicht-EU-Landes ein Daueraufenthaltsrecht in ihrem Hoheitsgebiet verweigern.

Kaum einer zweifelt daran, dass hier das nationalstaatliche Recht, Ehe und Familie zu definieren, ausgehebelt werden soll. Weil das jedoch politisch und juristisch schwer durchsetzbar ist, geschieht es im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Die politische Verfolgung wegen sexueller Orientierung ist neuerdings ein Asylgrund. Also muss der Asylantrag entsprechend geprüft werden, wie bei allen anderen Asylgründen auch. „Am 25. Januar urteilte der EuGH aber, dass der Asylgrund „sexuelle Orientierung“ von Amts wegen nicht geprüft werden dürfe weil *„ein derartiger Eingriff besonders schwerwiegend ist, da das Gutachten einen Einblick in die intimsten Lebensbereiche des Asylbewerbers geben soll“* (Rechtssache C-473/16).

Wer auf „sexuelle Orientierung“ setzt, ist auf der sicheren Seite, denn er gilt automatisch als unanfechtbar.

## (iDAF) **Der Kontext der menschlichen Sexualität und seine anthropologischen Grundlagen** von Christian Spaemann

### **Die Dualität von Mann und Frau**

Die sich ergänzende Verschiedenheit von Mann und Frau, insbesondere ihre Sexualität ist durch die Evolution auf vielfältige Weise determiniert. Bei der Frage der menschlichen Sexualität geht es zunächst um ihren Kontext. Die Evolutionsbiologen versuchen uns darauf eine Antwort zu geben. Sie sprechen von der sog. „disruptiven Evolution“. Irgendwann kam es in der Entwicklung tierischen Lebens zu einem „Auseinanderreißen“ des Fortpflanzungsstrangs in zwei Parts. Denn der Selektionsvorteil beruht auf zwei Aspekten, dem der Vermehrung und dem der Wartung. Vermehrung bedeutet Kampf um die Zeugung möglichst vieler Nachkommen. Diese aus der Evolution hervorgegangene Dualität im Tierreich bezeichnen wir als männlich und weiblich. Sie variiert zu einer bunten Vielfalt von Lebensformen, bei denen die Männchen in unterschiedlichem Ausmaß an der Brutpflege beteiligt sein können.

Der Mann ist durchschnittlich um ein Drittel größer und auch stärker als die Frau. Am gravierendsten sind die Unterschiede in Bezug auf die Nachkommenschaft. Eine Frau kann in ihrem Leben maximal 20 Kindern gebären, während ein Mann im Laufe seines Lebens weit über tausend Kinder zeugen kann.

### **Mutter und Vater**

Ihre Art der Fürsorglichkeit zeigt sich durch mehr unmittelbare Zuwendung. Statistisch gesehen hat sie mehr Interesse und Freude an häuslicher Tätigkeit und eine größere Fähigkeit zur gleichzeitigen Aufmerksamkeit, was stammesgeschichtlich ihrer Rolle, die Kinder während ihrer Arbeit im Auge zu behalten, zu Gute kam und auch heute noch zu Gute kommen kann.

In der Erziehung repräsentiert er mehr das Element der Herausforderung, der Ermutigung, des Mentorings und der Vermittlung zur Außenwelt..

*(Dr. med. Mag. phil. Christian Spaemann ist Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin. [www.spaemann.com](http://www.spaemann.com)).*

### (idea) **Scharfe Kritik an der Gendertheorie: Gegen die Familie gerichtet**

Mehrere Referenten haben auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mainz Kritik an der Gendertheorie geübt. Das Treffen unter dem Motto „Gender, Instrument der Umerziehung? Ziel, Kosten und Wirkung“ war mit 100 Teilnehmern ausgebucht. Darüber hinaus habe man 60 weiteren Interessenten wegen Platzmangels absagen müssen, sagte der Leiter des Landesbüros der Stiftung, Karl-Heinz B. van Lier. Zwar habe es im Vorfeld der Tagung heftige Kritik von Anhängern der Schwulen-, Lesben-, Bi-, und Transsexuellengruppen gegeben und es seien Demonstrationen angekündigt worden, doch tatsächlich seien die nur wenigen Demonstranten im Mainzer Karnevalsrummel nicht aufgefallen.

### **Wenn „Mutter“ zum „sexistischen Begriff“ wird**

Die familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag, Simone Huth-Haage sagte, dass Genderanhänger vor 15 Jahren noch ein berechtigtes Anliegen verfolgt hätten. Es sei ihnen um Gleichstellung und Gleichberechtigung gegangen. Doch heute wollten sie nur noch beweisen, dass das Geschlecht nicht durch die Biologie, sondern durch die Gesellschaft geprägt werde. Mutterschaft werde

als Wettbewerbsnachteil gesehen. So sei „Mutter“ nach einem Bericht des Europarats von 2010 ein „sexistischer Begriff“. Frauen sollen demnach nicht durch Kinder an der Ausübung eines Erwerbsberufs gehindert werden. Huth-Haage: „Gender ist gegen die Familie gerichtet.“

### **Für ein neues Selbstbewusstsein von Mann und Frau**

Der ehemalige Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Josef Kraus kritisierte, dass es an deutschen Universitäten 220 Gender-Lehrstühle gebe, aber nur 120 für Alte Sprachen. Dabei sei Gender nur Indoktrination. Er verwies auf ein Gutachten des Hamburger Staatsrechtlers Prof. Christian Winterhoff. Ihm zufolge haben Eltern einen gesetzlichen Anspruch auf Befreiung ihrer Kinder vom Gender-Unterricht. Die Religionsphilosophin und Sprachwissenschaftlerin Prof. Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz plädierte für ein neues Selbstbewusstsein von Mann und Frau. Vor allem sei eine Selbstaufwertung der Frauen überfällig. Denn infolge von Gender und der „Gleichmacherei der Geschlechter“ sei es zu einer Maskulinisierung der Frauen gekommen.

### **(ideaSpektrum) Geschlechtergerechte Sprache in der Kirche abschaffen?**

Wolf Schneider

Die Evangelische Landeskirche Anhalts hat auf ihrer Synode im April 2017 über die Einführung einer geschlechtergerechten Sprache in die Kirchenverfassung abgestimmt. Sie scheiterte an der nötigen Zweidrittelmehrheit. Sollte der Gender-Sprech jetzt in allen Kirchen ganz abgeschafft werden?

Da leben wir doch wirklich seit mehr als tausend Jahren mit einer schrecklichen Geschlechter-Ungerechtigkeit: Dem Inbegriff des Weiblichen haben wir ein Neutrum aufgenötigt – das Weib! Und die meisten Tiere verleugnen im Deutschen ihre zwei Geschlechter: der Adler – die Ratte– das Känguru! Tausend Jahre lang hat das keinen gestört. Da war es schon eine Leistung, dass es kämpferischen Feministinnen gelungen ist, alle Politiker, Gewerkschaftler, Betriebsräte für den Gendercode zu gewinnen: die „gerechte“ Sprache als Beitrag zur Mehrung ihrer Rechte!

Der hartnäckige Versuch, die Sprache dennoch „gendergerecht“ zu machen, ist ein Krampf – mit überwiegend lächerlichen Folgen; und durchzuhalten ist er nicht. Was ist gewonnen, wenn der neue Bürgermeister sich zwar bei den Wählerinnen und Wählern bedankt – aber nicht auf die Idee kommt, dass er sich Bürgerinnen- und Bürgermeister nennen müsste? Und wer will schon „Fahrzeugführender“ heißen? In die Straßenverkehrsordnung ist das Wort bereits eingegangen. Nach diesem Muster wollte die Evangelische Kirche Anhalts jüngst „die Mitarbeitenden“ als offizielle Bezeichnung für ihre Mitarbeiter in die Kirchenverfassung aufnehmen – doch an der dafür notwendigen Mehrheit fehlten zwei Stimmen. Glückwunsch den Verweigerern! Vielleicht hatten sie gerade ein bisschen Luther gelesen. Was aber wüssten wir von dem, hätte er nicht dem Volk aufs Maul geschaut, sondern den Gender-Beauftragten?

*(Wolf Schneider ist Träger des Medienpreises für Sprachkultur der „Gesellschaft für deutsche Sprache“ und Honorarprofessor der Universität Salzburg)*

## Kirche

### **Stellungnahme der LGM vom 19. Nov. 2017: EKD streicht den Zuschuss für idea**

Die EKD hat beschlossen, dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) den Zuschuss von bisher jährlich € 132.000 in den nächsten beiden Jahren um jeweils ca. 1/3 drastisch zu kürzen und ab 2020 ganz zu streichen.

Gemessen am Zuschuss für das von der EKD beherrschte Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) von € 19,9 Mio in 2017, der 2018 nur um 4,5% auf € 19,1 Mio sinken soll, ist der Zuschuss an idea sehr überschaubar. Hierzu muss man wissen, dass der größte Geschäftsbereich des GEP die Zentralredaktion des Evangelischen Pressedienstes (epd) ist, die Konkurrenz zum ansonsten EKD- und kirchensteuer-unabhängig finanzierten idea.

Nun ist nichts dagegen zu sagen, dass die EKD sparen will; skandalös ist aber die Ungleichbehandlung der Presseagenturen sowohl, was die Höhe der absoluten Zuschüsse als auch die Kürzungsraten betrifft. Dies legt den Verdacht nahe, dass eine der EKD unliebsame Pressestimme bestraft und möglichst mundtot gemacht werden soll. idea bringt nämlich auch Meldungen aus dem kirchlichen Bereich, die epd nicht verbreitet. Dies wirft ein Licht auf die ansonsten von der EKD vielfach geforderte Toleranz gegenüber allem und jedem außerhalb der Kirche – nur eben nicht für eine konservative Stimme in der Kirche.

Es ist zu hoffen, dass idea genügend Abonnenten und Spenden bekommt, um ihren unabhängigen Dienst weiterhin tun zu können. DK/vB

### **(idea) Peter Hahne: Ein Anschlag auf die Pressefreiheit**

Ausgerechnet im Lutherjahr: Gefälligkeitsjournalismus per Geldhahn statt Freiheit eines Christenmenschen. Und das in Bonn, der Stadt unseres Grundgesetzes, das nach der Hitler-Diktatur Presse- und Meinungsfreiheit zum Menschenrecht erklärte. Ich fasse es nicht! Dass idea der jährliche 132.000-Euro-Zuschuss gestrichen wurde, betrachte ich als feigen Anschlag auf die Pressefreiheit. Feige, weil noch nicht einmal eine wirkliche Begründung geliefert wurde. Feige, weil die einzige (!) „Gegen“-Stimme eine Enthaltung war. Feige, weil man viele derer, die ihre Hand gegen die Meinungsfreiheit erhoben, überhaupt erst dank idea kennt.

### **Die EKD zeigt ihr wahres Gesicht**

Immer wieder gelang es besonnenen Leuten wie Präses Jürgen Schmude (SPD), das abzuwenden: „Die Vielfalt in der Publizistik muss gerade eine Volks-Kirche aushalten.“ Damit ist es jetzt vorbei! Die EKD zeigt ihr wahres Gesicht.

Geldentzug heißt Existenzbedrohung. Als die linke Tageszeitung „taz“ 2009 in finanzielle Turbulenzen kam, hat deren Erzfeind, der damalige BILD-Chef Kai Diekmann, spontan Geschäftsanteile gekauft, „um die Pluralität im Journalismus zu fördern“. So reagiert die „Welt“. Das fromme Gegenstück fand am kohlrabenschwarzen Mittwoch in Bonn statt. Orban statt Luther. Ich hätte nach 24 Synodenjahren nie gedacht, dass eine EKD, die sich auch noch „Kirche der Freiheit“ nennt, so tief sinken könnte.

Nun werden sich Demokraten unter Journalisten und Christen entschließen, die Arbeit von idea nachhaltig zu sichern. Das geht nur durch Taten. Jeder nach seinem Vermögen. Ich beginne mit 50.000 Euro. Ein Beitrag für Meinungsfreiheit ist mir lieber als für eine Organisation, die sie per Geldhahn abwürgen will.

### (idea) **Ein EKD-Beschluss führte zur erfolgreichsten idea-Werbeaktion**

Die Entscheidung der EKD-Synode im November, idea einen seit Anfang der 80er Jahre gewährten Zuschuss in Höhe von € 132.000 in diesem und im nächsten Jahr zu kürzen und ab 2020 ganz zu streichen, hat zu einer großen Welle der Solidarität mit idea geführt. Darüber berichtete der langjährige idea-Leiter Helmut Matthies (67) bei der offiziellen Übergabe seines Amtes an Matthias Pankau (41) am 1. Februar. Es habe mehrere Aktionen von prominenten Politikern und Theologen gegeben. Zudem habe die sächsische Landessynode beschlossen, idea 2018 einen Zuschuss in Höhe von 15.000 Euro zu gewähren. Ähnliche Initiativen liefen in der bayerischen und württembergischen Landeskirche. Auch Verbände wie die Internationale Martin Luther Stiftung, die Deutsche Evangelische Allianz, die Konferenz Bekennender Gemeinschaften, die Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern oder das Netzwerk Bibel und Bekenntnis hätten sich für idea engagiert. idea habe nach der Synodenentscheidung so viele neue Abos wie nie in einem 4. Quartal erhalten und von rund 4.200 Einzelpersonen über eine Million Euro Spenden – im Vergleich zu 2016 ein Plus von 26%. „Wir verdanken der letzten EKD-Synode damit die erfolgreichste Werbeaktion unserer Geschichte. Auf diese Weise machten wir die Erfahrung von Josef im Alten Testament: ‚Man gedachte uns nichts Gutes zu tun, aber Gott machte es gut‘ (1. Mose 50,20).“ Helmut Matthies ist seit 1. Februar Vorsitzender des idea-Trägervereins und damit Nachfolger des mecklenburgischen Pastors Johannes Holmer.

## Oekumene

### **Kardinal Woelki Öffentliches Bekenntnis statt versöhnter Verschiedenheit**

(aus einem Gastbeitrag in der "Herder Korrespondenz")

#### **Evangelium mit verbindlicher Ethik**

Bei aller Freude über die gegenseitige Wertschätzung durch gemeinsam getragene Projekte von Caritas, Diakonie und Bildungsarbeit gehöre zu einer ehrlichen Bilanz aber auch das Benennen von Anfragen und Sorgen. "Es gibt – so scheint mir – einen zunehmenden Dissens in moral- und sozialetischen Fragen." Als Beispiele nennt der Kölner Erzbischof die Stichtagsverschiebung für den Import getöteter Embryonen, die Präimplantationsdiagnostik (PID), die "Ehe für alle", aber auch die Beurteilung von Abtreibung und Sterbehilfe. "Wenn hinter diesem Befund die Überzeugung steht, dass sich aus dem Evangelium gar keine verbindliche Ethik ableiten lasse, dann muss man ehrlicherweise von einer ethischen Grunddifferenz zwischen beiden Konfessionen sprechen." Wahrheit sei kein Konstrukt des einzelnen Subjekts.

Weiterhin kritisiert Woelki den Begriff "Konfession der Freiheit", mit dem EKD-Mitglieder das eigene Bekenntnis charakterisierten. Dieses Selbstverständnis könne sich nicht auf Martin Luther berufen, denn dieser habe dem "Gehorsam gegenüber Papst und Bischöfen den Gottesgehorsam, nicht aber die Freiheit autonomer Selbstbestimmung" entgegengestellt. Auch sei die Kontrastierung "zwischen einer demokratisch geordneten Kirche einerseits und einer hierarchisch verfassten Kirche andererseits" unzutreffend, weil jede Kirche sich auf Jesus Christus und damit auf eine vorgegebene Wahrheit berufe.

### **Modell der "versöhnten Verschiedenheit" ohne Fortschritte**

Das protestantische Modell einer "versöhnten Verschiedenheit" der Konfessionen, welches seit der Leuenberger Konkordie von 1973 (Abendmahlsgemeinschaft verschiedener Konfessionen) von vielen Theologen empfohlen würde, habe zuletzt kaum Fortschritte gebracht, kritisiert der Kardinal weiter. Wer grundlegende Unterschiede in "sich wechselseitig bereichernde Dimensionen" umdeute, dürfe sich über den Vorwurf des Etikettenschwindels nicht wundern.

Einheit der Kirche muss die Verschiedenheit zwar nicht aufheben, aber doch in einem Bekenntnis versöhnen", formuliert Woelki und nennt einige Beispiele wie den Begriff des Messopfers, das besondere Priestertum sowie die Lehre von der Apostolischen Sukzession. Wenn Protestanten und andere Kritiker der katholischen Position überzeugt werden könnten, dass diese "immer schon Bestandteil der eigenen Tradition" gewesen ist, wären die Gegensätze und Unterschiede kein Grund mehr zur Trennung.

### **Christus, nicht die Konfession, lädt ein**

Den Begriff der "eucharistischen Gastfreundschaft" hält Woelki für nicht unproblematisch. Er wecke die Vorstellung, der Einladende sei nicht Christus, sondern eine Konfessionsgemeinschaft. Doch eine solche könne nicht eine andere zur "Feier der Einheit in Christus" einladen, solange im Christusbekenntnis zwischen den Konfessionen unterschieden würde.

### **Ökumene des öffentlichen Bekenntnisses**

Dringlicher denn je sei eine "Ökumene des öffentlichen Bekenntnisses", fordert daher Kardinal Woelki. Der Fortschritt in der Ökumene bestünde nicht in Konsenspapieren. Auch wenn diese für die Theologie wichtig seien, so plädierte Woelki für eine tiefere Gemeinschaft mit Christus, die sich dann hoffentlich eines Tages auch in einer vollen Kirchengemeinschaft auswirken werde.

### **(ideaSpektrum) Die Spaltung zwischen evangelischer und katholischer Kirche ist nicht mehr durch Glaubensunterschiede gerechtfertigt.**

Diese Ansicht vertrat der vormalige Präsident des Bundestages, Norbert Lammert, auf dem „Ökumenischen Fest“ in Bochum. Es wurde von der EKD, der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, dem Evangelischen Kirchentag und dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken gemeinsam veranstaltet.

In einem Vortrag zur Eröffnung sagte Lammert vor 850 Besuchern, das entscheidende Hindernis für die Einheit der Christen sei das Selbstbehauptungs-Bedürfnis der großen Kirchen. „Ich freue mich sehr über die völlig neue Tonlage zwischen den Konfessionen, die das aktuelle Reformationsjubiläum in spektakulärer Weise von allen früheren unterscheidet“, sagte Lammert. Er sehe aber die Gefahr, dass die Kirchen „sich in diesem angenehmen Zustand gemütlich eingerichtet haben“. Das Bemühen um die Einheit müsse weitergehen.

Der EKD-Ratsvorsitzende, LB Heinrich Bedford-Strohm verteidigte das Konzept der „Einheit durch versöhnte Verschiedenheit“. Es habe sich im Miteinander von Lutheranern, Reformierten und Unierten bewährt, sagte Bedford-Strohm auf einer Pressekonferenz. Die evangelische Kirche werde in der Gesellschaft weithin als eine Einheit wahrgenommen, ohne dass die verschiedenen Traditionen „in eine Suppe gerührt worden“ seien.

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx sagte, es gebe in der Ökumene keinen Zeitdruck. Als „Weltkirche“ brauche die katholische Kirche mehr Zeit für Veränderungsprozesse. Für den gegenwärtigen Zustand sei „das Wort Kirchenspaltung zu scharf“. Es bestehe stattdessen „eine noch nicht vollzogene Einheit“.

### **Integration von Muslimen**

#### **(idea) Die evangelische Kirche hat DITIB hofiert**

Der aus Ägypten stammende Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad hat den Umgang der evangelischen Kirche mit muslimischen Verbänden kritisiert. Er äußerte sich bei einer Diskussionsrunde im Medienzentrum der Passauer Neuen Presse in Passau: DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) sei der verlängerte Arm der Türkei in Deutschland. Auch die evangelische Kirche habe den Verband hofiert und ihm Türen geöffnet. Der organisierte Islam wolle nicht, dass sich Muslime in die deutsche Gesellschaft integrierten.

#### **Bedford-Strohm: Die Kirche stellt DITIB kritische Fragen**

Der EKD-Ratsvorsitzende, LB Heinrich Bedford-Strohm widersprach. Man stelle DITIB sehr wohl kritische Fragen. Er selbst wolle, so Bedford-Strohm, einen menschenrechtsverbundenen Islam unterstützen. „Drei oder vier Millionen Muslime“ lebten in Deutschland. Man wolle diejenigen ermutigen, die Ja sagten zu Demokratie und Menschenrechten. Abdel-Samad entgegnete, dass es in Deutschland fünf Millionen Muslime gebe, von denen die allerwenigsten in Verbänden organisiert seien. Die Kirchen hingegen konzentrierten sich auf den organisierten Islam, der meistens politisch sei. Er sprach sich gleichzeitig für einen interreligiösen Dialog aus. Er werde manchmal allerdings naiv und oberflächlich geführt. Dialog habe nicht die Aufgabe, dass man sich gegenseitig auf die Schulter klopfe, sondern bedeute Ehrlichkeit. Dazu gehöre für ihn auch, sagte Abdel-Samad an Bedford-Strohm gerichtet, dass man in Jerusalem sein Kreuz nicht abnehmen dürfe. Der Landesbischof hatte wie sein Reisebegleiter, der Vorsitzende der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx (München), im Oktober 2016 auf dem Tempelberg in Jerusalem bei einem Besuch sein Kreuz abgelegt.

#### **(idea) „Gehört der Islam zu Deutschland, gehört auch die Islamisierung dazu“**

Islam und Islamisierung gibt es nur im Doppelpack. Diese Ansicht vertritt der jüdische Publizist Henryk M. Broder in einem Kommentar für die Tageszeitung „Die Welt“ (29.12.2017). Nach seinen Worten ist der Islam eine sehr dynamische Religion: „Er kennt kein Bis-hierher-und-nicht-weiter.“ Einen Islam ohne fortlaufende Islamisierung könne es nicht geben: „Gehört der Islam zu Deutschland, gehört auch die Islamisierung dazu.“ Wie weit sie im öffentlichen Leben vorangeschritten sei, zeige allein die Tatsache, dass Weihnachtsmärkte geschützt werden müssten. Gleiches gelte für Fußballspiele, Musikfestivals, Karnevalszüge und den Flugverkehr. Die Maßnahmen richteten sich nicht gegen slowakische Pfadfinder, britische Hooligans oder polnische Radwanderer, sondern gegen „islamistische Gefährder“. Sie hätten in Paris, Manchester, Nizza, London, Brüssel, Madrid und anderen Orten bewiesen, wozu sie imstande seien. Radikale Muslime unterschieden nicht zwischen Islam und Islamismus, sondern täten das, „wozu sie sich im Dienst der ‚einzig wahren Religion‘ verpflichtet fühlen“.

## Aufgelesen

### (idea) **Die Kirche verliert an Glaubwürdigkeit**

Der Soziologe und Philosoph Prof. Hans Joas hat der Evangelischen Kirche in Deutschland vorgeworfen, bestimmte politische Positionen zu „skandalisieren“. „Es ist eine Anmaßung der Kirchenleitungen zu meinen, sie wüssten eindeutig, was politisch richtig ist“, sagte Joas in einem Interview mit der Evangelischen Zeitung für Schleswig-Holstein. „Ich finde, es muss möglich sein, eine politische Position zu beziehen, die etwa das Fortschreiten der Europäischen Union in Richtung eines supranationalen Staates oder die Aufrechterhaltung des Euros infrage stellt“.

### **Menschen mit einer abweichenden Meinung werden zu „Problemfällen“ erklärt**

Als Beispiel für die von ihm beklagte „Skandalisierung“ Andersdenkender nannte Joas die Forderung von Kirchenvertretern zu „untersuchen, wie es kommt, dass der Rechtspopulismus in Kirchengemeinden Anhänger findet“. Eine solche Haltung nehmen Menschen, „deren Meinungen nicht mit der Regierungspolitik übereinstimmen, nicht länger als Staatsbürger wahr, die ein Recht auf ihre Meinung haben, sondern sie werden zu Problemfällen erklärt“. Begriffe wie „Rechtspopulismus“ hält Joas für problematisch, weil sie ein „Denken in Alternativen unmöglich machen“. Der Vertrauensverlust vieler Bürger in Medien und Experten liege auch darin begründet, dass häufig „nicht mehr kritisch hinterfragt“ werde, was falsch laufe.

## Soziale Gerechtigkeit

– zur Versachlichung der ideologielastigen Diskussion auch in der Kirche -

Die einkommensstärksten 10% der 67,6 Mio einkommenssteuerpflichtigen Personen in Deutschland zahlten 2017 fast die Hälfte des Lohn- u. Einkommenssteueraufkommens. 50% der Steuerpflichtigen trugen 93% dieser Steuerlast und 30% der Steuerpflichtigen erbrachten die restlichen 7% dieser Steuer. Ca. 20% (13,2 Mio) der Steuerpflichtigen zahlten wegen des Grundfreibetrages und anderer Freibeträge keine Lohn- oder Einkommenssteuer (DIW/SOEP - ähnlich auch das BMF für 2014).

## Literaturhinweis

*idea* ist eine unabhängige evangelische Nachrichtenagentur, die dazu beitragen möchte, engagierte Christen über Ereignisse und Entwicklungen in der christlichen Welt zu informieren, die für ihr Christsein bedeutsam sind und möchte dabei auch eine Brücke bauen zwischen Christen verschiedener Prägungen.

Das Nachrichtenmagazin *ideaSpektrum* erscheint wöchentlich (48 Hefte im Jahr) und liefert aktuelle Informationen, Reportagen und Hintergrundberichte. *ideaSpektrum* wird auf dem Postweg zugestellt und kostet **monatlich (inkl. Versandkosten** innerhalb Deutschlands):

€ 9,95 im **Heft-Abo** (gedruckte Ausgabe)

€ 7,50 im **Digital-Abo** (E-Paper, App für Tablet-PC und Smartphone)

€ 10,95 im **AboPlus** (Heft und digitale Ausgabe)

*Ermäßigte Preise für Schüler, Studenten usw. auf Anfrage*

Sie können *ideaSpektrum* **kostenlos** jetzt **drei Wochen** gratis testen.

Informationen und Bestellungen sind telefonisch oder per E-Mail/Internet möglich:

**(0 64 41) 915 – 0 / aboservice@idea.de / www.idea.de**

**Abs. Lebendige Gemeinde München e.V.**  
**p.a. Pfr. Dieter Kuller**  
**Grünwalder Str. 103 c, 81547 München**  
**[www.lgm-info.de](http://www.lgm-info.de)**

Deutsche Post

Anrede  
 Titel  
 Vorname, Name  
 Straße  
 PLZ Ort

### **In eigener Sache**

Dank der Spenden war es möglich, 2017 wieder drei InfoBriefe herauszugeben. Herzlichen Dank für die Unterstützung unseres von Vielen für wichtig erachteten Dienstes.

Das Spendenaufkommen ist zuletzt zurückgegangen, weil großzügige Unterstützer verstorben sind. Dies konnten Neu-Spender bisher nicht kompensieren.

Die Finanzierung der InfoBriefe ist zwar vorläufig gesichert, aber es ist offen, wie es weitergeht.

Wir sind aber guten Mutes, wenn Sie verstärkt an unserer Seite bleiben.

### **Impressum**

Die Informationsbriefe werden von der Arbeitsgemeinschaft LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V., herausgegeben.

ViSdP Pfr. Dieter Kuller, Grünwalder Str. 103 c, 81547 München, Tel. 089/591029, Fax 089/45 24 06 84; eMail: [lgm-mail@gmx.de](mailto:lgm-mail@gmx.de); Internet: [www.lgm-info.de](http://www.lgm-info.de)

Druck: Die Ausdrucker UG, München, Internet: [www.dieausdrucker.de](http://www.dieausdrucker.de)

Die Lebendige Gemeinde München e. V. ist als gemeinnützig anerkannt und kann steuerlich absetzbare Zuwendungsbestätigungen ausstellen. Bitte geben Sie dazu auf Ihrer Überweisung deutlich Name und Adresse an.

Unsere Bankverbindung: Evangelische Bank eG BIC: GENODEF1EK1, IBAN: DE93520604100003403904 (Überweisungsträger in der Mitte des Heftes).

Der vorliegende InfoBrief kann bei Pfarrer Dieter Kuller nachbestellt werden